DIE GESETZESTREUE
JÜDISCHE LANDESGEMEINDE
BRANDENBURG

eingetragener Verein

Der Vorstand

Die Gesetzestreue Jüdische Landesgemeinde Brandenburg e.V.
Postfach 60 07 48 14407 Potsdam

ב״ה

An Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Friedrich Merz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Potsdam, 17. Juli 2025
21 Tamus 5785 (Jüd. Kalender)

Der deutsche Staat muss die mit dem Grundgesetz garantierten Rechte auf Unantastbarkeit der Menschenwürde und freie Religionsausübung auch den Juden gewähren

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Friedrich Merz,

die Unantastbarkeit der Menschenwürde ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert. Sie ist ein absolutes Schutzgebot, das die Würde jedes Menschen unabhängig von seiner Herkunft, seinem Glauben oder seinem Verhalten garantiert und vor staatlichen Eingriffen, seien es direkte oder indirekte Handlungen oder Untätigkeit, schützt.

Die Exekutive, die für die Umsetzung und Durchsetzung des Grundgesetzes und weiterer entsprechender Gesetze der Bundesrepublik Deutschland zuständig und verpflichtet ist, kommt ihren Verpflichtungen gegenüber den Juden in Deutschland seit langer Zeit nicht nach!

Wir wenden uns an Sie mit der Forderung, die mit dem Grundgesetz garantierten Rechte auf Unantastbarkeit der Menschenwürde und auf freie Religionsausübung auch uns, den Juden in Deutschland zu gewähren.

Die Lage der Juden in Deutschland ist, wie Sie wissen, katastrophal und wird jeden Tag schlimmer. Der offene Antisemitismus blüht und von jüdischem Leben kann hier keine Rede sein. Die Juden in Deutschland sind nicht mehr sicher, insbesondere jüdische Schulkinder und Studenten. Jüdische Familien und Einzelpersonen sind körperlichen Angriffen, Beleidigungen, Gewaltdrohungen und Einschüchterungen sowie Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt. Sogar nach offiziell gemeldeten Zahlen passiert das in der Bundesrepublik Deutschland täglich. Die Dunkelziffern sind noch trauriger.

Gläubige Juden können ihre Religion nicht frei ausüben. Der Hin- und Rückweg zur Synagoge, zur jüdischen Schule oder zum jüdischen Gemeindezentrum und sogar ein einfacher Spaziergang im Park usw. sind immer mit einer ernsthaften Angriffsgefahr verbunden. Der öffentliche Raum steht uns nicht zur Verfügung. Die Juden in Deutschland müssen in Angst leben und ihre Identität und Zugehörigkeit zum Jüdischen Volk sowie ihre Unterstützung und besondere Verbundenheit mit

Postanschrift (Bitte nutzen) PF 60 07 48 14407 Potsdam
Gemeindezentrum Yorckstr. 4 EG 14467 Potsdam
Telefon 0331 - 2015712
Internet www.halberstaedter-verband.de www.toratreu.de
E-Mail: info@toratreu.de
Bank Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam
IBAN: DE60160500003506002880
BIC: WELADED1PMB

dem jüdischen Staat Israel und insbesondere mit seiner ewig unteilbaren Hauptstadt Jerusalem gut verstecken, da für die Juden in Deutschland eine ernsthafte Gefahr für Leib und Leben besteht.

Für Herrn Felix Klein, der ab März 2014 Sonderbeauftragter für Antisemitismusfragen im Auswärtigen Amt war und seit Mai 2018 Beauftragter der Bundesregierung für den Kampf gegen Antisemitismus ist, sieht die Entwicklung offensichtlich anders. Im Rahmen der Innenministerkonferenz erklärte Felix Klein namens der Bundesregierung am 11. Juni 2025 gegenüber der Berliner Morgenpost:

„Wir haben im Kampf gegen Antisemitismus viel erreicht. Das ist positiv", …Viele Staatsanwaltschaften in Deutschland hätten mittlerweile einen Antisemitismusbeauftragten…"

Auch wenn der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung von Erfolgen spricht und die Fortsetzung der bisherigen Maßnahmen gegen den Antisemitismus fordert, obwohl diese die rasante Verschlechterung der Lage der Juden in Deutschland nicht abbremsen konnten, ist festzustellen, dass **die Lebenslage der Juden in Deutschland mit der verfassungsrechtlich garantierten Menschenwürde nicht vereinbar ist und eine freie Religionsausübung für die Juden ausgeschlossen ist!**

Die immer schlimmer werdende Lage der Juden in Deutschland ist für viele jüdische Familien ein massiver Zwang zur Auswanderung. Wir werden aus diesem Land vertrieben. Für diese Vertreibung der Juden muss der deutsche Staat die volle politische und rechtliche Verantwortung tragen. Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden!

Diese Verantwortung kann der Staat nicht auf die in allen Schichten der Gesellschaft reichlich vertretenen antisemitisch handelnden Personen abwälzen. Kein Mensch wird als Antisemit geboren. Die Menschen werden zu Antisemiten vom Staat erzogen bzw. umgestimmt.

Jede Zivilgesellschaft lässt sich von einer konsequent und massiv verbreiteten und professionell tradierten staatspolitischen Ideologie leicht beeinflussen. Die deutsche Gesellschaft ist hierfür bestes Beispiel. Die Nazi-Regierung hat nur wenige Jahre gebraucht, um die absolute Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die damals relativ respektvoll und friedlich den deutschen Juden gegenüberstand, mithilfe von ausgeklügelter Goebbels-Reichspropaganda zum offenen Antisemitismus umzukehren und zu antisemitischen Taten zu ermutigen.

Wie der bekannte deutsche Autor Thilo Sarrazin in seinem Beitrag „Sozialer Opportunismus – früher und heute" zutreffend beschrieben hat:

„*Bei der Betrachtung der nationalsozialistischen Machtergreifung im Winter und Frühling 1933 fand ich es stets besonders bestürzend und rätselhaft, wie wenig Gegenwehr es aus der deutschen Zivilgesellschaft gab. Schon im April 1933 begannen deutsche Sportvereine, ihre jüdischen Mitglieder auszuschließen, und Anwaltskanzleien trennten sich von ihren jüdischen Kollegen. Die „neue Zeit" fand eilfertige Unterstützer. Das ist heute nicht anders… Zum Kriegsende 1945 zählte die NSDAP in Deutschland 8,5 Millionen Mitglieder, aber schon wenige Wochen nach der Kapitulation am 8. Mai schien es in den Trümmerlandschaften der Städte nur noch Regimegegner und verhinderte Widerstandskämpfer zu geben…"*

Die staatspolitische Propagandamaschinerie hat sich im Nachkriegsdeutschland weiterentwickelt und der politischen Lage angepasst und wirkt somit weiterhin sehr effektiv und wirkungsvoll. Die führenden politischen Parteien Deutschlands haben mithilfe der staatlichen Propagandamaschinerie und Erziehungs- und Bildungspolitik die Nachkriegsgenerationen mehrheitlich zu latenten Antisemiten erzogen. Im letzten Jahrzehnt ermutigt der Staat seine latenten Antisemiten, die jungen Menschen sowie auch die Indifferenten zum Übergang in den offenen Antisemitismus im Alltag.

Um dies zu erreichen, ist kein Sonderaufruf der Bundesregierung und keine Rede an die Nation nötig. Das gewünschte Ziel wird mit einfacheren politischen Aktionen erreicht. Nur am Rande können wir hier einige davon nennen:

Frank-Walter Steinmeier hat im Mai 2010 in Ramallah als erster deutscher Bundespräsident einen Kranz am Grab des Terroristenanführers und Mörders Jasser Arafat niedergelegt und auf diese Weise den arabischen Terrorismus gewürdigt.
Beim seinem Iran-Besuch verkündete Frank-Walter Steinmeier, er fühle sich dort unter Freunden. Damit hat er die ideologisch-politischen Pläne des verbrecherischen menschenfeindlichen Mullah-Regimes und sein Hauptziel, Israel zu vernichten, legitimiert.
Bundeskanzlerin Merkel und ihre Regierung hat die - gegenwärtig weiter laufende - millionenfache unkontrollierte Aufnahme von im Geiste des Antisemitismus erzogenen Zugewanderten aus arabischen Ländern erfolgreich durchgeführt.
Der Führung des islamistischen Terrorstaates und dem größten Terror-Sponsor der Welt Iran sendete der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Jahr 2020 „auch im Namen meiner Landsleute“ Glückwünsche zum Jahrestag der islamischen Revolution vom 11. Februar 1979.
Aus den Reihen der regierenden politischen Parteien sind immer wieder die hartnäckigen provokanten Aufrufe zur Errichtung eines arabischen (Hamas?-)Staates auf israelischem Boden zu hören.
Die kontinuierliche und großzügige staatliche Finanzierung des arabischen Terrorismus wird auch nach der bestialischen Ermordung von Juden durch die Hamas am 07. Oktober 2023 fortgesetzt.
Das mit staatlichen Mitteln als politisches Alibi und Feigenblatt für antisemitische Politik errichtete und von staatlichen Mitteln in Millionenhöhe (2025 – ca. 40.000,000,- € allein für den „Zentralrat der Juden in Deutschland“) am Leben gehaltene deutsche Ersatzjudentum, mit dessen politischer Unterstützung der heutige katastrophale Zustand erreicht wurde, wird öffentlich als echtes Judentum präsentiert, was eine Verspottung des Judentums ist…
Die Liste ließe sich endlos fortsetzen.

Allein diese (einige von Tausenden) öffentlichen politischen Aktionen gelten für breite Teile der immer jeder Regierung treu und loyal geblieben Zivilbevölkerung sowie für viele gesellschaftliche Gruppen und staatliche Institutionen als Freigabe zum offenen Antisemitismus.

Bei Berichterstattungen über das Judentum, über Juden und über den Staat Israel richtet sich praktisch die ganze deutsche Medienlandschaft erstaunlich schnell, richtungstreu und flexibel nach dem politischen Wind aus den Regierungskreisen und dem Reichstag. Über den Staat Israel wird täglich mehr gesprochen, als über alle anderen Länder der Welt zusammen, wobei Israel immer als böser Täter dargestellt wird.

Es gibt viele autoritäre, totalitäre und terroristische Staaten, in denen Menschen in Leid und Elend leben, es gibt Staaten, in denen Gewalt, Hungersnot und Krankheiten hunderte Menschenleben täglich fordern, es gibt barbarische Staaten, die ihre politischen Gegner und Andersdenkenden ermorden und in denen öffentliche Hinrichtungen von Frauen und Männern stattfinden. Über diese Staaten wird in den deutschen Medien nur selten und punktuell gesprochen.

Man hört in Deutschland auch keine täglichen Forderungen an die Hamas-Unmenschen, die jüdischen Geiseln nicht verhungern zu lassen, anständig zu behandeln und freizulassen. Stattdessen gibt es mehrmals täglich hysterische Forderungen an Israel, die angeblich hungrige Hamas-Führung und ihre Anhänger, die im Gaza-Streifen bereits in mehreren Generationen zur Vernichtung der Juden erzogen und geschult werden, mit Lebensmittel zu versorgen.

Dem Staat Israel wird in den deutschen Medien fast täglich Völkermord und Genozid unbestraft vorgeworfen. Diese massive unbestrafte Dämonisierung, Delegitimierung und Diffamierung des

jüdischen Staates Israel wird von der sozial-opportunistischen Zivilbevölkerung als Anweisung zum offenen Antisemitismus und als staatliche Legitimation zur Nachsicht für Hamas-Unmenschen und ihre terroristischen Untaten verstanden.

Die daraus folgenden antisemitischen Taten aus allen Ecken der Gesellschaft haben nicht lange auf sich warten lassen. Erwartungsgemäß setzen neben den einheimischen Antisemiten auch die Zugewanderten ihren in ihren Heimatländern erworbenen Judenhass auf dem fruchtbaren deutschen Boden praktisch ungehindert in grausame Angriffe gegen Juden und jüdische Einrichtungen um.

Um sich international doch als judenfreundlicher und demokratischer Rechtsstaat zu behaupten, täuschen die Machthabenden immer wieder einen Kampf gegen den Antisemitismus vor und präsentieren dabei die öffentlich finanzierten Maßnahmen, die von Anfang an als wirkungslos entwickelt worden sind und sich im Laufe der vielen Jahren auch als solche erwiesen haben.
Auch hier möchten wir nur am Rande einige amüsante Beispiele nennen:

Am 30. November 2022 hat Bundesregierung eine völlig realitätsfremde und wirkungslose „Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben“ beschlossen.
Dutzende Beauftragte gegen Antisemitismus wurden eingestellt, weitere Einstellungen seien geplant.
Hunderte verschiedener sinnloser Projekte in Schulen und an Universitäten, in der Justiz bei zahlreichen staatlichen Institutionen und in vielen staatsnahen Vereinen wurden finanziert.
Militärrabbiner und Polizeirabbiner wurden eingeführt.
Ein „entschiedener Kampf gegen den Antisemitismus“ wurde in vielen Koalitionsverträgen verankert.

Die Erfolge dieser Scheinmaßnahmen liegen auf der Hand! Der Antisemitismus wächst rasant.
Die Machthabenden weisen jede Kritik hinsichtlich ihres Schein-Kampfes gegen den blühenden Antisemitismus zurück.
Dem 1977 als internationale Nichtregierungsorganisation gegründeten renommierten Simon Wiesenthal Zentrum (SWC) mit Hauptsitz in Los Angeles, das sich hauptsächlich mit der Thematik des Holocausts und Antisemitismus auseinandersetzt und weltweit als Menschenrechtsorganisation gilt, hat man in Deutschland die Legitimation abgesprochen, weil das Zentrum die BRD wiederholt auf die jährlich veröffentlichte „weltweite Top Ten Antisemitismusliste" gesetzt hat.
Der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) und seine für die Regierung ungünstigen Statistikmethoden werden zunehmend in Frage gestellt.
Die wirkungsvollen Maßnahmen von US-Präsident Donald Trump im Kampf gegen den Antisemitismus, wie der Finanzierungstop für antisemitisch handelnde Universitäten, Abschiebegefängnisse für illegale und kriminelle Einwanderer und Einwanderinnen etc. werden in Deutschland hart kritisiert.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Wir haben das Recht, in der BRD frei von täglichen körperlichen Angriffen, Beleidigungen, Gewaltdrohungen und Ausgrenzung und Diskriminierung zu leben und unsere Religion frei auszuüben.

Um uns das zu ermöglichen, sollte die Bundesregierung sofortige wirksame und spürbare Maßnahmen ergreifen. Wenn hier nach wie vor weiterhin das Prinzip „weiter so“ gilt und unsere Lage in angemessener Zeit sich nicht deutlich verbessert, werden wir die Bundesrepublik Deutschland wegen grober Verletzung der Menschenwürde und der Verhinderung der freien Religionsausübung verklagen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag des Vorstandes
Shimon Nebrat